

**5758 a**

**Beschluss des Kantonsrates  
zum Postulat KR-Nr. 65/2019 betreffend  
Synergien beim Software-Einsatz im Kanton Zürich  
nutzen**

(vom . . . . .)

*Der Kantonsrat,*

nach Einsichtnahme in die Anträge des Regierungsrates vom 15. September 2021 und der Kommission für Staat und Gemeinden vom 10. Juni 2022,

*beschliesst:*

I. Das Postulat KR-Nr. 65/2019 betreffend Synergien beim Software-Einsatz im Kanton Zürich nutzen wird als erledigt abgeschlossen.

***Minderheitsantrag Sibylle Marti (in Vertretung von Nicola Yuste), Isabel Bartal, Urs Dietschi, Sonja Gehrig, Karin Joss, Davide Loss (in Vertretung von Michèle Dünki-Bättig), Thomas Schweizer (in Vertretung von Silvia Rigoni):***

*II. Es wird folgende, vom Bericht des Regierungsrates abweichende Stellungnahme abgegeben.*

*III. Mitteilung an den Regierungsrat.*

---

\* Die Kommission für Staat und Gemeinden besteht aus folgenden Mitgliedern: Stefan Schmid, Niederglatt (Präsident); Isabel Bartal, Zürich; Michael Biber, Bachenbülach; Diego Bonato, Aesch; Hans-Peter Brunner, Horgen; Urs Dietschi, Lindau; Michèle Dünki-Bättig, Glattfelden; Sonja Gehrig, Urdorf; Karin Joss, Dällikon; Walter Meier, Uster; Fabian Müller, Rüschtikon; Silvia Rigoni, Zürich; Nicola Yuste, Zürich; Erika Zahler, Boppelsen; Christina Zurfluh Freaeffel, Wädenswil; Sekretärin: Angela Nigg.

## II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Zürich, 10. Juni 2022

Im Namen des Kommission

Der Präsident:  
Stefan Schmid

Die Sekretärin:  
Angela Nigg

---

### ***Abweichende Stellungnahme***

*Die Forderungen des Postulates wurden nicht vollständig erfüllt. Insbesondere auf die geforderten Massnahmen 3. und 4. wird in der Vorlage 5758 kaum eingegangen.*

*Darum fordern wir weiterhin:*

*3. Bei jedem neuen Informatikprojekt haben die Verantwortlichen aufzuzeigen, welche Open-Source-Alternativen bei der Beschaffung geprüft wurden. Wenn keine solche Alternative eingeplant ist, muss dies begründet werden.*

*4. Bei jeder neuen oder zu überarbeitenden Fachanwendung ist entweder eine Freigabe unter einer Open-Source-Lizenz vorzusehen oder es ist aufzuzeigen, warum diese nicht als Open Source freigegeben wird.*

*Als Schlagwort fordern wir, dass der Regierungsrat dem folgenden Motto nachlebt: «Public Money – Public Code». Wenn also die öffentliche Hand Geld für Programmierung in die Hand nimmt, dann ist dieser Code der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.*

*Wir bedauern, dass in der Postulatsantwort des Regierungsrates das Potential der Synergien von öffentlichem Code für die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen keine Beachtung erlangt.*

*Auch die Zusammenarbeit des Kantons mit den Gemeinden kann durch öffentlichen Code verbessert werden. Beispielsweise soll der Kanton in seinen Programmen öffentliche Schnittstellen (API) anbieten und so den Datenaustausch erleichtern. Dazu muss der Kanton die Beratung der Gemeinden verbessern.*

*Wir fordern, dass diese Ziele in der zukünftigen Strategie der kantonalen Verwaltung zu Open Source berücksichtigt werden.*